



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 29. August 2013 im Restaurant Time Out in Olten, Beginn 19.30 – 21.45 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 73, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)

Absolutes Mehr: 37

Gäste: 9

Entschuldigt:

Einzelpersonen: Andreas Bühlmann, Jeanette Baumgartner, Rem Bill, Ruedi Heutschi, Linda Mischler, Carmen Laffranchi, Magdalena Schmitter, Sabine Husi, Matthias Racine, Ernst Wüthrich, Doris Rauber, Georg Hasenfratz, Renate Pfeiler, Werner Sauser, Andreas Schreiber, Yves Fankhauser, Elisabeth Ambühl, Patrick Marti, Bea Schibler

Geschäftsleitung: Katrin Leuenberger, Irene Meier-Reber, Max Schmid, René Umher

Kantonsratsfraktion: Markus Ammann, Christine Bigolin, Evelyn Borer, Jean-Pierre Summ

Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol, Thomas Marbet

StimmzählerInnen: Kathrin Schaad, Dieter Hänggi

Geschäftsliste

1. *Eröffnung des Parteitages*
2. *Wahlen Stimmzähler/innen*
3. *Genehmigung Geschäftsliste*
4. *Genehmigung Protokoll vom 16. Mai 2013 in Oensingen*
5. *Kantonale Vorlage*
„Referendum gegen die Änderung des Gebührentarifs“
- Info: Simon Bürki, Kantonsrat
- Parolenfassung
6. *Nationale Vorlagen*
Informationen
- Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»
Philipp Hadorn, Nationalrat
- Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung
übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)
Bea Heim, Nationalrätin
- Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit
in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz)
Roberto Zanetti, Ständerat
7. *Podium: 1 : 12 „Gemeinsam für gerechte Löhne“*

Kantonaler Parteitag, 29. August 2013

Kontra: Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP Schweiz
Pro: David Roth, Präsident Juso Schweiz
Moderation: Ueli Wild, Stv. Chefredaktor Oltner Tagblatt

8. Varia

1. Eröffnung des Parteitages

Franziska Roth: Begrüsst Kantonsratspräsidentin Susanne Schaffner-Hess, Regierungsrat Peter Gomm, Ständerat Roberto Zanetti, Nationalrätin Bea Heim, Nationalrat Philipp Hadorn, die Delegierten und Gäste, die Medien (Moderator Ueli Wild) und die Referenten David Roth und Stefan Brupbacher. Es seien zahlreiche Entschuldigungen eingegangen.

Zu Beginn ein Wort aus der Sektion von Brigitte Kissling, Sektionspräsidentin der SP Olten.

Brigitte Kissling: (Begrüßungswort aus der Sektion) Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte als Sektionspräsidentin der SP Olten alle ganz herzlich begrüßen. Als neue Präsidentin bin ich mich am Einarbeiten und eine meiner neuen Aufgaben, ist eben die Begrüßung an einem kantonalen Parteitag die heute in Olten stattfindet. An der Parteiversammlung hat man mich einstimmig zur neuen Parteipräsidentin gewählt, dies hat mich sehr berührt. Alle Begegnungen in der Zwischenzeit waren sehr wohlwollen und vertrauensbringend, auch dies hat mich sehr gefreut. In Olten gab es in der Vergangenheit die wohl allen bekannten Geschichte der verpassten amtlichen Kandidatur für das Stadtpräsidium von Peter Schafer. Infolge verschiedener Umstände hat es die Partei verpasst, das Anmeldeformular rechtzeitig bei der Stadtkanzlei abzugeben. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass die SP bei der Wahl ausser vor stand und das Rennen unter der CVP und den Grünen ausgemacht wurde. Gewählt wurde schliesslich Martin Wey von der CVP. Für die Partei und verschiedenste Personen war dies eine sehr schwierige Situation. Die Zeit wird diese Wunden heilen. Aber es gibt auch erfreuliche Nachrichten, die SP hat bei den Stadtratswahlen mit Thomas Marbet (neu) und Peter Schafer (bisher) einen Sitz dazu gewonnen, wie im Übrigen auch im Parlament, wo die SP die stärkste Fraktion ist. Weiter wurde Dieter Ulrich (SP) zum neuen Parlamentspräsident gewählt. In Olten fand kürzlich die Einweihung der Begegnungszone statt, auch dank der Hartnäckigkeit der SP in Olten. Im bevorstehenden



Brigitte Kissling, Sektionspräsidentin

Kantonaler Parteitag, 29. August 2013

Herbst finden die Wahlen für das Vizestadtpräsidium statt. Für die SP kandidiert Thomas Marbet und ist zuversichtlich, dass die SP mit ihm erneut einen Erfolg feiern darf. Dies eine kurze Einleitung und Einblick in die SP Olten. Ich wünsche euch einen erfolgreichen Parteitag und danke für die Aufmerksamkeit

Applaus

Franziska Roth bedankt sich bei Brigitte Kissling für die Begrüssung.

Franziska Roth, Parteipräsidentin: (Eröffnungsrede) Letzte Woche sass ich bei Freunden am Tisch. Die Freundin ihrer Tochter war gerade zurück von einer Reise in Cuba. Sie beginnt nach der Matur ihr Studium Richtung Sportwissenschaft mit medizinisch- trainingswissenschaftlicher Ausrichtung hat im Sommer die Matur abgeschlossen. Ich wollte wissen wie es denn da so sei und erklärte, dass ich wenig bereist sei, ausser in die Chäsi go Müuch und in die Metzg go Fleisch holen sei ich noch nicht wirklich weiter gekommen in der grossen weiten Welt. Sie erzählte von ihren Sportabenteuern und von der schönen Landschaft. „Tja Cuba muss dich ja reizen“, meinte mein Kollege schmunzelnd. Die junge Frau vis a vis wollte wissen warum denn! Ich erzählte von meiner Arbeit als Kantonsrätin. Darauf meinte sie, ihr Vater sei auch so etwas, wie das denn hiesse, diese Gruppe, wenn sie auf Gemeindeebene stattfindet. Gemeinderat sagt ich leicht konsterniert und fragte nach, in welcher Partei ihr Vater denn sei. Uiiii ich glaube ehm wie heisst das ächt SVP? Meine Freundin warf ein, nein nein, das ist unmöglich, dein Vater ist sicher nicht in der SVP ich kenne ihn und sie erklärte weiter, weißt du, die SVP ist die Partei mit den provokativen Plakaten? Ja wie die denn aussehen, wollte die junge Frau wissen. Ich machte eine kurze Tour d' horizon und gab mir alle Mühe objektiv zu informieren. Sie meinte darauf: uff keine Ahnung in welcher Partei mein Papa ist, aber wenn ich das so höre wohl so etwas mitten drin. Sie kenne sich überhaupt nicht aus mit Politik und wisse nicht, wer was macht und warum, sie überhaupt auch nicht wähle, denn sie käme da nicht nach. Warum diese Gleichgültigkeit? Wie kann es an einer Kantonsschule Abgänger geben, die keine, aber wirklich keine Ahnung haben von unserem wertvollen demokratischen System? Wir haben, wie mir scheint, einen politischen Alphabethismus. Hoch gebildete Jugendliche wissen nicht, was ein Gemeinderat ist, kümmern sich nicht darum, wer ihnen welche Botschaft von den Plakaten zuwirft. In einem Land, das direktdemokratische Elemente wie Referendums- und Initiativrecht und das Kumulieren und Panaschieren bei Wahlen der Stimmbevölkerung zugesteht, sollte die Lust am Politisieren grösser sein. Was nützen die Meinungs- und Wahlfreiheit in unserem Land, wenn wir nicht wissen, wie sie auszuüben sind? Unpolitisch sein heisst politisch sein, ohne es zu merken!" - **Rosa Luxemburg**. Liebe Genossin lieber Genosse, ich will euch nun aber doch noch beruhigen, denn das Erlebnis hat ein kleines Happyend: die ganze Diskussion am Tisch nahm eine plötzliche Wendung, als ich die junge Frau fragte, ob sie denn jemals an Abstimmungen teilgenommen hat oder teilnehmen werde. Uii sagte sie, bei den meisten käme sie nicht draus und mache nicht mit, aber etwas wisse sie schon, nämlich dass sie 1:12 unterstütze! Ich wurde hellhörig und fragte wieso: Sie meinte, weil es einfach unfair ist, dass man so viel verdienen kann. Und das mit dem Mindestlohn fände sie übrigens auch gut. Ja, man muss hier keine Finanzfachfrau oder Bankfachmann sein, um sich lauthals in

die Debatten rund um die Lohnexzesse einmischen zu dürfen, hier reichen der gesunde Menschenverstand und das normale Empfinden für Fairness und Ehrlichkeit! Immer mehr Menschen, auch in unserem Kanton, fühlen sich von den Entwicklungen dieser Welt im Kleinen wie im Grossen überfordert. Sie blicken nicht mehr durch und wenden sich ab. So können sie aber keine Bürgerinnen und Bürger mehr sein, denn ein Bürger kümmert sich um sein gesellschaftliches Umfeld, er versucht darauf einzuwirken, es gerechter, freier und demokratischer zu machen. Ballt also nicht die Faust im Sack, sondern nehmt sie heraus und packt mit uns an! Wir müssen aufhören zu klagen und wir müssen uns zusammenschliessen und nach vorne schauen. Wir haben eine schöne Idee, wie wir gemeinsam handeln und somit politisieren können. „Bildung macht frei!“ Dieser Slogan ist sogar älter als die jetzt auch schon 125 Jahre alte SPS. Die SP SO nimmt diesen Slogan wieder auf und legt ihn der neuen WRB zugrunde. In einer Werkstätte wird gearbeitet. Dies gilt auch für eine Bildungswerkstätte. Und Arbeit ist oft anstrengend. Dies gilt ebenso für die politische Bildungsarbeit. Zumal wir überzeugt sind, dass wir unsere politische Urteils- und Handlungsfähigkeit nur dann wieder zurückerobern können, wenn wir in der Lage sind, Grundlagentexte zu Grundsatzfragen zu lesen, zu diskutieren und so miteinander etwas zu verstehen, was einer alleine kaum verdauen kann.

Entsprechend – und dies ist ebenso originell wie anspruchsvoll – sind unsere Bildungswerkstätten zu einzelnen Grundsatzfragen jeweils in zwei Teile geteilt: An einem Freitagabend werden jeweils drei vier Autoren, beziehungsweise Autorinnen von Grundlagentexten zu Grundsatzfragen vorgestellt und eingeführt, in den folgenden acht Tagen werden sie individuell gelesen und am anderen Samstagmorgen gemeinsam diskutiert und ihre Tragfähigkeit zum gemeinsamen Handeln erschlossen. Als ich die Idee auf Facebook postete kamen postwendend Reaktionen vorwiegend positive, negiere aber auch ein paar ketzerische: So meinte ein Genosse, bei aller Sympathie; Ich weiss nicht, ob man den Heizungsmonteur von heute gleich mit Hannah Arendt in der ersten Lektion konfrontieren sollte... Oder gibt der Artikel ein verzerrtes Bild von Sinn und Zweck dieser neuen Institution wider? Und eine andere stellte fest: Zudem muss ich auch einwerfen, dass ich zwar eine rot-grüne Vertreterin bin, aber trotzdem denke, wenn schon politische Bildung, dann unabhängig von einer Partei. Alles andere ist doch Werbung in eigener Sache. Genau das was wir hier, was wir am Stammtisch abhandeln oder am Marktstand heute Morgen andiskutiert wurde, das wollen wir ernsthaft und mit "Haut und Haar" am 20.9.13 im Kunsthaus Grenchen beginnen. Ich bin mir aus meiner Erfahrung sicher, dass jegliche Bildung sich am besten vertieft, wenn man handelt. Diskutieren und Meinungen austauschen gelingt aus meiner Sicht am besten, indem ich es in einem Rahmen tue, wo alle Sinne berührt werden, das heisst Auge in Auge mit den Gegenüber !!! Ob jemand Heizungsmonteur oder Kühlhauslagerist ist, sagt genauso wenig über seine politische Bildung und seine politische Motivation aus wie wenn ich die Berufe Arzt und Pfarrer tippe!! Wenn ich Hannah Arendt bis heute nicht gelesen habe heisst es noch lange nicht, dass ich sie nicht verstehe, wenn ich es morgen tue! Zudem, Farbe bekennen befreit! Ich kann mir nicht vorstellen, nicht rot zu sein, aber ich kann mir sehr wohl ausmalen, dass andere Farben mein Bild von der Welt konturieren. So gesehen ist jegliche Diskussion mit mir Werbung in roter Sache, ohne h. Die Idee von Andi ist ein Versuch wert!! Ich freue mich und verspreche, es wird anstrengend aber schön. Lasst mich mit einem kleinen Erlebnis heute

Kantonaler Parteitag, 29. August 2013

meine Rede schliessen: Als heute Morgen einem meiner 2. Klässler sagte, ich sei heute dann nicht wie üblich noch länger im Schulhaus sondern müsse schnurstracks um 16 Uhr wie eine Rakete nach Solothurn radeln, denn ich hätte heute eine Parteiversammlung. Meinte er, Du kannst gar nicht wie eine Rakete Velofahren. Ich warf ein: Ja vielleicht wie eine kleine Rakete? Da meinte er: nein aber wie eine Tischbombe! Liebe Genossinnen und Genossen: Wir wollen mit unserer Bildungswerkstatt nicht Besucherrekorde brechen und abgehen wie eine Rakete, aber ab und zu eine Tischbombe entzünden und für politische Überraschung und Freude Sorgen. Denn „Das große Ziel der Bildung ist nicht Wissen, sondern handeln.“ Herbert Spencer

Der Parteitag ist eröffnet!

Applaus.

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

Als Stimmenzähler/in sind vorgeschlagen:

Kathrin Schaad und Dieter Hänggi

Beschluss: Die Stimmenzähler/in werden einstimmig gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Franziska Roth stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Keine Wortbegehren.

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 29. August 2013

4. Genehmigung Protokoll vom 16. Mai in Oensingen

Franziska Roth stellt das Protokoll zur Diskussion. Keine Wortbegehren.

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 16. Mai 2013 in Oensingen.

5. Parole kantonale Vorlage

Franziska Roth erteilt Simon Bürki das Wort für die Informationen zur kantonalen Vorlage.

Simon Bürki (Kantonsrat und Mitglied der Finanzkommission)

Geschätzte Genossinnen und Genossen, der Kantonsrat hat der Änderung des Gebührentarifs Ende Februar deutlich zugestimmt mit 70 JA zu 21 NEIN. Nur die SVP war grundsätzlich dagegen, weil sie einfach keine Änderungen oder dann nur Gebührensenkungen will. Daher hat sie das Referendum ergriffen und nun gibt's die Volksabstimmung.

Die Vorlage ist sehr technisch. Die Änderungen im Gebührentarif sind zusammenfassend aus folgenden Gründen erforderlich:

- einzelne Gebühren wurden seit mehr als 30 Jahren nicht mehr angepasst
- teilweise handelt es sich um neue Aufgaben, für die eine rechtliche Grundlage geschaffen werden muss (z.B. Gastpatent für Angler)
- Gebührenpflicht wird aufgehoben, weil entsprechende Verwaltungsaufgabe weggefallen (z.B. Gebühr für Verkehrsscheine im Landwirtschaftsbe- reich)
- die soll Verwaltung gebührenpflichtige Aufgaben und Dienste einigermas- sen kostendeckend erbringen

Bis auf eine Anpassung war die Vorlage sowohl in der Finanzkommission wie auch bei den Parteien unbestritten. Daher möchte ich kurz auf nur diese Än- derung eingehen.

Mit der Einführung eines neuen Jagdlehrmittels für die ganze Schweiz wird die Jagd-ausbildung und -prüfung vereinheitlicht. Die **Jagdprüfung** beinhaltet neu auch einen **Jagdlehrgang** mit sechs Ausbildungsmodulen. Diese müssen von den Kandidaten und Kandidatinnen besucht werden. Mit der verbesserten Ausbildung soll ein breiteres Wissen im Umgang mit der Natur und den Wildtieren vermittelt werden. Der deutlich grössere Aufwand für die Jagdprü- fung und für den Jagdlehrgang hat eine **Erhöhung der Prüfungsgebühr** von 300 auf 600 Franken zur Folge. Übrigens betrifft dies nur ca. 20 Personen pro Jahr. Auch ohne den neuen Jagdlehrgang mit den Pflichtmodulen konnte in den letzten Jahren der Aufwand für die Jagdprüfung nicht mehr mit der Prü- fungsgebühr gedeckt werden. Im Vergleich mit den anderen Kantonen posi- tioniert sich der Kanton Solothurn auch mit der neuen Gebühr weiterhin bei den günstigen. St. Gallen verlangt z.B. 1'700 Fr. Die **FDP** fand eigentlich die Verdoppelung dieser Gebühr auch gerechtfertigt, da mehr Leistungen ange- boten werden. Trotzdem stellten sie den Antrag den Betrag bei 300 Fr. zu be- lassen. Damit wollten sie der Überalterung der Jagdgesellschaften entgegenwirken, damit auch weiterhin junge Personen die Prüfung ablegen.

Auch wenn die **SP** eigentlich die Staatsleistungen nicht mehr als nötig über Gebühren finanzieren will, so bezahlt doch jeder von uns seine Kosten für sei- ne Hobbys selber. Kommt hinzu, dass auch die neu verdoppelte Gebühr nicht kostendeckend ist und ein Defizit von 15'000 Fr. bleibt. Für die SP stellte **Frakti- onspräsidentin Fränzi Burkhalter** die rhetorische Frage: Wann haben Sie letzt- mals eine siebentägige Weiterbildung inklusive anerkanntem Abschluss und Fachliteratur für nur 600 Fr. gemacht? Und unsere **Parteipräsidentin Fränzi Roth** scheute wie gewohnt keinen Aufwand und ging sogar mit Jäger auf die Jagd. Selbstverständlich auf Rotwildjagd. Anschliessend bekräftigten die Jä- ger ihr, dass die neue Gebühr weit herum noch eine der günstigsten sei, und

Kantonaler Parteitag, 29. August 2013

sie eine gute Ausbildung selber wünschen. Diese Geschichte erzählte Fränzi so oder noch etwas lebhafter im Kantonsrat und schloss engagiert: „Das wurde mir am Feuer von einer gestandenen Schar Männern in Gün so bestätigt.“ Das beeindruckte wahrscheinlich einige. Denn nach langer Diskussion wurde der FDP-Antrag die Gebühr auf 300 Fr. zu belassen mit 55 zu 38 Stimmen abgelehnt. Der Vorlage wurde wie bereits gesagt nach langer Diskussion in der Schlussabstimmung deutlich zugestimmt.



Kantonsrat Simon Bürki

Kleiner Staatspolitischer Exkurs: Das Referendumskomitee schreibt als Begründung: „Gebühren sind notwendig, aber sie dürfen nicht der „Abzocke“ dienen. Sie sollen mit Vernunft und Augenmass berechnet werden.“

Das stimmt, aber auch die Volksrechte sollten mit Mass genutzt werden. Die Staatskanzlei beziffert die Kosten für einen Urnengang inkl. Kosten der Wahlbüros auf ca. 100'000 Fr. Auch das zahlt der Steuerzahler.

Franziska Roth bedankt sich für die kompetenten Informationen durch Simon Bürki und bittet die Delegierten bei Bedarf Fragen zu stellen.

Der **Antrag der Geschäftsleitung** lautet: JA zur kantonalen Vorlage „Änderung des Gebührentarifs“

Keine Wortbegehren.

Beschluss: Die Delegierten unterstützen den Antrag der Geschäftsleitung und beschliessen einstimmig die JA-Parole für die kantonale Vorlage „Änderung des Gebührentarifs“

Applaus.

Simon Bürki bekommt für seine Präsentation ein Präsent.

6. Informationen zu den nationalen Vorlagen

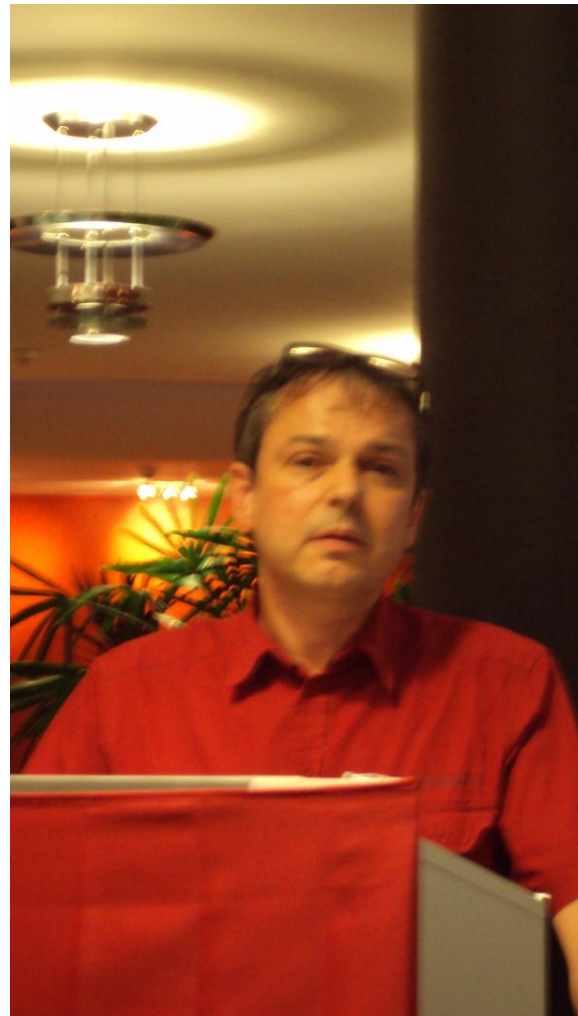
Franziska Roth erteilt Nationalrat Philipp Hadorn zur 1. nationalen Vorlage das Wort.

1. Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»
Philipp Hadorn, Nationalrat

Philipp Hadorn: Liebe Genossinnen und Genossen, mit einer kurzen, aber realen Geschichte vom „Guggisberg“, möchte ich erläutern, worüber es bei dieser Vorlage geht. Dort befinden sich mehrere Bauernhöfe und auf einem absolviert einer meiner Söhne zurzeit den Zivildienst. Zuvor hat er jedoch die Rekrutenschule absolviert, denn er ist sportlich und dachte sich, da könne er viel trainieren. Gegen Ende dieser Zeit, hat er sich ernsthafte Gedanken zur Armee gemacht und störte sich zunehmend an den Umgangsformen und den Machtmissbrauch gewisser Vorgesetzten. Parallel zum ersten Wiederholungskurs, hat er ein Gesuch für den Zivildienst gestellt. Dieses wurde bewilligt und deshalb arbeitet er jetzt bei einer Bauernfamilie, hilft bei allen anfallenden Arbeiten und hat, im Gegensatz zum Militärdienst, das Gefühl etwas Sinnvolles zu leisten.

Worum geht es bei der Wehrpflichtinitiative. Diese wurde im Jahr 2010 von der GsoA lanciert und im Januar 2012 eingereicht. Dessen Ziel ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in der schweizerischen Armee. Sowohl die Armee, als auch der Zivildienst bleiben damit als freiwillige Institutionen erhalten. Es geht also nicht um eine Abschaffung, wie dies die Gegner laufend monieren, sondern um die Freiwilligkeit. Die SP hat sich mit dieser Initiative intensiv auseinandergesetzt und kam zum

Schluss, dass das heutige System gegen das Gleichheitsgebot verstösst, das Massenheer sehr teuer ist, die Freiwilligenmiliz eine taugliche Alternative sei und die Wehrpflicht überholt. Die Schweiz bildet – gemessen an ihrer Einwohnerzahl – das grösste Heer an Soldaten in Europa aus. wofür Unsummen aufgewendet werden. Die Soldaten werden immer früher aus dem Dienst entlassen, weshalb es ineffizient ist, derart viele Soldaten auszubilden. Weitere Kosten von fast einer Milliarde Franken fallen bei der Erwerbsersatzordnung an. Die Wehrpflicht widerspricht der Gleichstellung der Geschlechter, da Schweizer Männer in Beruf und Familie benachteiligt werden und sie widerspricht



Nationalrat Philipp Hadorn

dem Prinzip der Rechtsgleichheit, da es aus medizinischen Gründen einfach ist, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Die Schweizer Armee wird im Falle einer Annahme weiterhin nach dem Milizprinzip organisiert. Die Armeen vieler europäischer Staaten zeigen, dass das Prinzip der Freiwilligenmiliz funktioniert. Eine kleine und umgebaute Armee kann effektiver auf neue Bedrohungslagen reagieren und entspricht den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft. Der Zwangscharakter der Wehrpflicht greift stark in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ein, zudem ist die Wehrpflicht in ganz Europa ein Auslaufmodell, da sie sich durch veränderte Bedrohungslagen nicht mehr rechtfertigen lässt. Im Nationalrat habe einige Punkte erwähnt und habe dazu folgende Studie angeschaut „Schriftenreihe Militärakademie ETH Zürich, Aufsatz von Prof. Reiner Eichenberger, Volkswirtschaftler“. Darin hat er aufgezeigt, dass heute auf allen militärischen Ebenen infolge des Zwangs eine zunehmend mangelhafte Motivation festzustellen ist, der Einsatz eines überdimensionierten Personalkörpers ineffizient sei, ein überhöhter Ausbildungsbedarf bestehe, die Kosten mit knapp 10 Mia. Franken (Basis 2006 inkl. allen Nebenkosten wie Erwerbssausfall usw.) viel zu hoch zu Buche schlagen und mit den Massenaushebungen es zu vielen Ausmusterungen und Abbrüchen komme. Fazit: Die heutige Schweizer Armee ist überdimensioniert und verursacht deshalb unverhältnismässig hohe Kosten. Die SP unterstützt das Prinzip der Freiwilligenmiliz und empfiehlt deshalb am 22. September ein Ja in die Urne zu legen. Applaus

Diskussion:

Ruth Bürgler: ich bin eigentlich mit allen Ausführungen einverstanden, aber wenn ich mir überlege, dass dann nur noch willige Soldaten nach der Einführung der Freiwilligkeit in der Armee sind, dann frage ich mich weiter, für was wir denn überhaupt eine Armee brauchen. Der Gedanke an eine Profi Armee bereitet mir mehr Sorge als die heutige Tatsache, dass unsere Armee eigentlich untauglich ist. Vielleicht müsste man wirklich in Richtung Abschaffung hinwirken. **Philipp Hadorn:** die Angst ist sicher berechtigt, aber ich glaube nicht, dass mit der Freiwilligkeit die Gefahr zunimmt, dass im negativen Sinn jeder seine Militärkarriere planen kann. Im Übrigen liegt die sorgfältige Personalrekrutierung und Planung dann auch im Verantwortungsbereich der Militärführung. **Klaus Blättler:** sollte die Wehrpflicht für Armee und Zivildienst abgeschafft werden, bedeutet dies auch volkswirtschaftlich einen gewaltigen Umbau. Für viele Berufs- und Schulabgänger bedeutet diese Pflicht für eine gewisse Zeit auch als Beschäftigung. Welche Überlegungen hat man sich dazu gemacht? **Philipp Hadorn:** tatsächlich absolviert ja schon heute nur die Hälfte der Pflichtigen ihren Dienst, denn es hat schlichtweg zu viele Menschen. Aber es ist natürlich so, dass es viele Menschen gibt, gerade nach einem Abschluss, die gerne einen gemeinnützigen Dienst leisten. Diese Möglichkeit möchte man ja erhalten, sowohl in der Armee, wie auch im Zivildienst. Aber die Jugendarbeitslosigkeit mit der Armee bekämpfen zu wollen, ist nicht möglich, dazu gibt es effizientere und sinnvollere Massnahmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Franziska Roth: die Kantonalpartei übernimmt bei nationalen Vorlagen in der Regel die Parole der SP Schweiz – Ja zur Abschaffung der Wehrpflicht.

Für die zweite Vorlage wird Nationalrätin Bea Heim das Wort erteilt.

2. Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)
Bea Heim, Nationalrätin

Bea Heim: Liebe Genossinnen und Genossen, im Zusammenhang mit dem Epidemiengesetz ist es in der Kommission emotional zu und her gegangen, im Parlament, aber auch bei den vielen Meinungsäusserungen direkt an mich. Dagegen wurde das Referendum ergriffen und deshalb kommt es am 22. September zu einem Urnengang. Das Ziel des neuen Gesetzes ist ein besserer Schutz der Bevölkerung als heute. Das heutige Gesetz stammt aus dem Jahr 1970, seither hat sich aber einiges verändert. Es haben sich Lebensstile verändert, es wird mehr in ferne Länder gereist und Epidemien verbreiten sich anders als vor 40 Jahren. Sollte es wieder einmal zu grossen Epidemien kommen, muss die Schweiz darauf vorbereitet sein, dazu braucht sie das neue Gesetz. Dass sich Epidemien weltweit in Windeseile verbreiten, hat uns die Vogel- und Schweinegrippe gezeigt. Oder beim Sarsvirus kam der beim Bund eine Hektik auf, die bei solchen Vorfällen nie auftreten darf. Bund und Kantone müssen wissen was zu tun ist und professionell handeln. Das neue Gesetz bringt erstens Programm zum Schutz vor Ansteckung und zweitens ein nationales Programm zur Bekämpfung von Spitalinfektionen. Weiter wird damit die Grundlage geschaffen zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass viele Erreger dagegen resistent werden und somit auch nicht mehr heilen. Allein die Landwirtschaft verbraucht jährlich 62 Tonnen Antibiotika, eine unglaublich grosse Menge. Aber auch die Humanmedizin benötigt viel zu viele Antibiotika. Mit dem neuen Gesetz sollen demnach Richtlinien geschaffen werden für die Anwendung bei Mensch und Tier in Bezug auf die Anwendungsdauer und die Menge. Die Gegner behaupten, das neue Gesetz führe den Impfzwang ein, mitnichten. Es wird niemand gegen seinen Willen geimpft! Jede Person kann selbst entscheiden, ob sie geimpft werden will oder nicht, dies im Gegensatz zum heutigen Gesetz. Die Möglichkeit eines Impfbliogatoriums bleibt bestehen, neu wird hingegen sein, dass man dieses einschränken kann. Für das Obligatorium durchzusetzen, braucht es eine erhebliche Gefährdung der Bevölkerung und erst dann können die Kantone Vorschriften erlassen, auch dies nur für bestimmte Personengruppen wie z.B. das Pflegepersonal. Zum Argument der



Nationalrätin Bea Heim

Gegner, es treten Impfschäden auf, dies kann vorkommen, richtig. In den letzten 10 Jahren hat auf 100'000 Impfungen 3 unerwünschte Reaktionen gegeben. Für diese seltenen Fälle sieht das neue Gesetz einen Anspruch auf Entschädigung vor. Schauen wir etwas zurück, als noch jeder zehnte an den Folgen der Pocken verstarb oder an die vielen Tausend Toten infolge der Tuberkulosenkrankheit, diese Zeit wünscht sich niemand mehr zurück. Noch zu den Masern, zwischen 2007 und 2013 gab es 5'000 Erkrankungen, 440 Spitaleinlieferungen und in 800 Fällen kam es zu Komplikationen wie Hirnhaut- und Lungenentzündungen. Stellt man die geringe Zahl an Impfschäden den vielen Schicksalen in früheren Zeiten gegenüber, sollte einem die Entscheidungsfindung nicht schwer fallen. Im Übrigen konnte, auch dank Impfungen die Kinderlähmung praktisch ausgerottet werden. Dank dem neuen Gesetz könnten Bund und Kantone handeln, dies im strategischen Sinn und ohne Einschränkung in der persönlichen Freiheit. Im Nationalrat haben 14 Mitglieder Nein gestimmt, im Ständerat waren es 2, die überwiegende Mehrheit hat der Vorlage demnach zugestimmt. Dies empfehle ich auch euch am 22. September an der Urne zu tun.

Applaus

Diskussion:

Keine Wortmeldungen

Für die dritte Vorlage wird Ständerat Roberto Zanetti das Wort erteilt.

3. Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz)
Roberto Zanetti, Ständerat

Roberto Zanetti: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste. Bei dieser Vorlage geht es offenbar um die Legalisierung von Bratwürsten. Beim Wort Legalisierung denkt man in der Regel schöne Blätter, aber sicher nicht an Wurstwaren. Bratwürste waren meines Wissens nie verboten und sie lassen sich ohnehin schlecht rauchen. Um was geht es: muss man nachts z.B. tanken, kann man im Bistro noch einen Kaffee trinken und ein Sandwich kaufen oder konsumieren. Nachts wird in einem solchen Shop das erweiterte Sortiment geschlossen und nur noch ein redimensioniertes Angebot zum Verkauf angeboten. Der Savelat bleibt also in diesem Angebot erhalten, die Bratwurst nicht. Warum? Der Savelat kann unmittelbar oder unterwegs gegessen werden, die Bratwurst nicht, weil sie gebraten werden muss. Die mag ärgerlich sein, aber verhungern muss deswegen niemand. Würde es im Arbeitsgesetz tatsächlich nur um solche Kleinigkeiten gehen, könnte ich diesem auch noch zustimmen. Es geht aber um viel mehr, im Parlament sind unlängst, also noch vor der bevorstehenden Abstimmung drei Vorstösse eingereicht worden, die allesamt noch weitere Liberalisierungen zur Folge haben würden. Der eine verlangt auf Verordnungsstufe grosszügigere Bestimmungen für Touristenorte, was nichts anderes bedeutet als dass der Bundesrat faktisch das ganze Land zur Touristendestination erklären könnte. Der zweite Vorstoss verlangt eine gesamtschweizerische Standardisierung der Ladenöffnungszeiten von Montag-Freitag zwischen 6.00 – 20.00 Uhr und Samstag von 6.00 – 19.00 Uhr. Das Motiv

liegt darin, damit den Einkaufstourismus verhindern zu wollen. Und zu guter Letzt der dritte Vorstoss der Grünliberalen, der selbstkompostierbaren Freisinnigen, verlangt im Interesse der Wettbewerbsgleichheit für Läden unter 120m² die komplette Liberalisierung. Man kann feststellen, dass die Weichen gelegt werden, es nicht nur um die Wurst geht, sondern durch die Hintertür alle Ladentüre vollständig geöffnet werden sollen. Dies wollen wir nicht und müssen wir verhindern. Also, wer nachts um 3.00 Uhr auf der Autobahn noch eine Wurst kaufen möchte, soll Ja stimmen, alle anderen, die die totale Liberalisierung verhindern wollen, müssen hingegen Nein stimmen. Applaus

Diskussion:

Heinz Bolliger: es ist wohl davon auszugehen, dass jene die am Sonntag arbeiten müssen, entsprechende Zulagen erhalten. Oder falls diese bereits heute ausbezahlt werden, diese nach einer allfälligen Annahme gefährdet wären und wieder abgeschafft würden. Wie ist dies geregelt? **Roberto Zanetti:** meines Wissens würde an den bestehenden Regelungen nicht geändert.

Der Referentin und den Referenten wird als Dank ein Präsent überreicht.



Ständerat Roberto Zanetti

7. Podium

Franziska Roth begrüsst nochmals David Roth, Stefan Brupbacher und Ueli Wild und übergibt ihm das Wort für die Moderation des Podiums zur 1:12-Initiative.

Ueli Wild, Stv. Chefredaktor Oltner Tagblatt: Wir befinden uns in der komfortablen Situation, dass wir über eine Initiative diskutieren, die wir nicht mehr vorstellen müssen und allen bekannt ist. Vielleicht zu Beginn mit einer provokativen Frage an Herr Brupbacher: die Initiative heisst ja nicht nur 1:12, sondern auch „für gerechte Löhne“, wehren sie sich gegen gerechte Löhne? Ohne anders gefragt, was sind für sie gerechte Löhne? **Stefan Brupbacher, Generalsekretär der FDP Schweiz:** Geschätzte Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung in die Höhle der Solothurner SP. Für mich bedeutet dies kein Problem, denn ein ehemaliges Mitglied von ihnen ist meine Ehefrau. Es bedeutet natürlich nicht, dass die Gegner der Initiative auch gegen gerechte Löhne sind. Ich begreife jeden hier, der sich über gewisse Lohnexzesse ärgert. Uns Freisinnigen geht es genauso und wir kämpfen auch dagegen an. Was wir aber nicht wol-

len, ist, dass der Staat mit einer starren Linie definiert was gerechte Löhne sind und welche nicht. Nach der Annahme der Abzockerinitiative liegt es nun an den Aktionären, also den Eigentümern einer Firma diese Bandbreite festzulegen, die Verantwortung wahrzunehmen und Exzesse zu verhindern, da liegt die Gerechtigkeit. **Wild**: also können sie mathematisch nicht ausdrücken was gerechte Löhne sind? **Brupbacher**, nein, aber ich kann ausdrücken was ein stossender Lohn und was ein tiefer Lohn ist und da hat jeder von uns hier eine andere Erklärung. Für die absolute Definition der Gerechtigkeit gibt es keine mathematische Zahl. **Wild**, die hohen Löhne werden weitherum bekämpft, oder man sagt zumindest, man sei dagegen. Auch der Bundesrat hat sich dahingehend geäußert, dass er mit den Initianten einig sei, dass die Lohnexzessen in der Vergangenheit zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen geführt haben. Dieser Aspekt scheint also wichtig zu sein, Herr Roth, sie kom-



David Roth, Ueli Wild und Stefan Brupbacher

men von den Initianten, was stellen sie sich unter diesen, auch vom Bundesrat genannten Problemen vor? **David Roth, Präsident der Juso Schweiz**: die sozialen und wirtschaftlichen Problemen haben wir in der Vergangenheit gut beobachten können, dies vor allem in den letzten 15 Jahren, mit einer gleichzeitigen Produktivitätssteigerung von 18%. Es gibt Leute deren Lohnsteigerung aber markant höher liegt, dies im gleichen Zeitraum. 1% der Leute in diesem Land, die mehr als die Produktivitätssteigerung erhalten hat – alle anderen haben Zweiten gemacht. 90% unter der Hälfte zurückgeblieben. Hier sieht man, dass sich ein paar wenige auf Kosten der Ärmeren bereichert haben. Dies ist sowohl ein wirtschaftliches, als auch ein soziales Problem, das durch diese Abzockerei entstanden ist. Da drängt es sich auf etwas zu tun. Die von Herr Brupbacher angesprochene Abzockerinitiative versuchte bereits in dieser Richtung etwas zu tun: so zum Beispiel gegen goldene Fallschirme, goldene Helme und anderes. Man hat die Löhne nicht begrenzt. Man muss auch nicht meinen, dass hier Löhne von Aktionären begrenzt werden. Wir konnten es se-

hen an der CS Versammlung, an der 87% nicht bereit waren irgendetwas zu diskutieren. Man sah dies bei all diesen Konsultativabstimmungen. ABER die grosse Lohnbandbreite, welche bis zu 1:1820 geht stört nicht die Aktionäre, welche in Dubai sind oder so, sondern sie ist zum Schaden der Leute in diesem Land – die Leute welche seit 10 Jahren eine schwindende Kaufkraft haben. Und deshalb müssen wir es auch in diesem Land bekämpfen und wir haben zum Glück die demokratischen Mittel, um hier Leitplanken zu setzen. **Wild:** Wenn man die Zahlen der letzten Jahre betrachtet, sind ja nicht so wenige dazu gekommen mit diesen sehr hohen Löhnen. Also wenn man bei der bundesrätlichen Botschaft schaut, das Parlament ist aufgelistet. 1997 waren es 2900 Arbeitnehmende, die mehr als eine halbe Million im Jahr verdient haben. Interessanterweise sind dies 2009 rund 10700. Das ist eine massive Zunahme. Herr Brupbacher ich kann mir das nicht ganz vorstellen. Haben immer mehr Firmen voriges Geld? **Brupbacher:** Nein. Diese Firmen sind global tätige Firmen, dies sind auch Firmen, die aus dem Ausland in die Schweiz kommen und ihre Headquarters hier installieren, die auch relativ hohe Löhne zahlen. Das ist wahr. Sie haben gesagt 12000 das ist enorm. Das finde ich auch enorm. Aber wir müssen uns überlegen, was bringen diese 12000 Personen und dann muss man überlegen, wie Roth gesagt hat, dass 99% nicht mitgekommen sind. Sehen wir uns die Zahlen an – wer in diesem Land Steuern bezahlt. 10% von den Bestverdienenden bezahlen 75% der direkten Bundessteuer. Man kann sogar noch weiter gehen: die 7700 Bestverdienende bezahlen 1 Mrd. in die AHV. Jetzt können wir natürlich alle sagen das sei ungerecht mit seinem Produktivitätsvergleich. Am Ende – was mir am wichtigsten ist, dass der einzelne Bürger am Ende des Monats möglichst viel Geld hat. Das wird sich bestimmt nicht mit 1:12 verbessern, sondern verschlechtern. Denn die Personen, die viel verdienen bezahlen auch enorm viele Steuern mit einer starken Progression. Wie gesagt, 10% der Bestverdienenden bezahlen 75% der direkten Bundessteuer und wenn wir dort beginnen zu schrauben, dann können wir sicher sein, dass jeder von uns in diesem Raum, der nicht zu den 12000 gehört, am Ende signifikant mehr Steuern bezahlen muss. Und wenn man dann das Ziel von 1:12 erreicht hat, dann kann ich ihnen garantieren, dann ist die Antwort nein. **Roth:** Ich möchte darauf gerade eingehen: Das sind ja eigentlich eben diese Widersprüche, die mir hier ständig von der anderen Seite her begegnen. Plötzlich stehen mir hier Personen gegenüber, die Steuereinnahmen des Staates verteidigen, obwohl eigentlich wir sonst immer diese Rolle haben. Und es wäre mir auch neu, dass man grossartig die AHV schützen wolle. Denn was wir sonst von der FDP mitbekommen ist Steuersenkung, Leistungsabbau, für die Reichen ganze Steuern zu streichen... Ich weiss nicht, wie das bei euch ist, aber in meinem Kanton wurde die Vermögenssteuer halbiert, die Unternehmenssteuer um 70% gesenkt und jetzt wird die Einkommenssteuer wieder erhöht. Es ist folglich nichts anderes, als dass man den Reichen bisher Steuergeschenke gemacht hat. Und das andere was mich sehr erstaunt, ist, dass Bürgerliche plötzlich zu den grössten Umverteilern werden. Jetzt kann man einmal sagen, dass man nicht mehr will, dass der Staat im Nachhinein Scherben aufwischen muss – dann kommen Bürgerliche und finden das gut, man brauche diese Umverteilung im Staat und es wäre gut dies über die Steuern zu tun. Dann sagen wir, dass wir eine gerechtere Primärverteilung wollen, damit man gar nicht erst hinterher mit Sozialwerken kommen muss, sondern von Anfang an allen Leuten einen anständigen und gerechten Lohn bezahlen. Und zu Schluss

ein Beispiel, was es bedeuten könnte, wenn man die Löhne gerechter verteilen würde. Wenn man alleine den Lohn von Herrn Tanner von Linth und Sprüngli, die 6,6Mio. auf seine 7000 Angestellten aufteilen würde, dann hätte jeder pro Monat CHF 440.- mehr. Und das ist nur der Oberste. Von diesen CHF 440.- mehr, um die Steuerausfälle zu decken, welche Herr Tanner mit seinen 6,6Mio Steuern bezahlt hat, brauchte man vielleicht 20% davon – je nach Kanton. Dann muss man auch sehen, dass die meisten derjenigen mit diesen hohen Salären nicht in der Stadt Zürich wohnen, oder in Olten oder so. Sondern diese wohnen in Wollerau, in Freienbach etc. in diesen Steuerparadiesen. Das bedeutet, dass die Gelder, die man diesen Personen bezahlt, welche auch anständig Steuern bezahlen, dann sieht es wieder ganz anders aus.

Brupbacher: Ich bin nicht mehr so erstaunt. Ich bin auf ein Dokument der JUSO gestossen – das hat mich wirklich sehr erstaunt. Die gängigsten Irrtümer. Und ich bin wirklich fast umgefallen, als ich sah, weshalb sich international tätige Firmen nicht verlagern werden. Hier steht, dass nicht damit zu rechnen sei, dass Konzernzentralen sich nicht ins Ausland verlagern werden, da ganz andere Faktoren wichtig seien, damit man in der Schweiz bleibe. Was glauben sie, was der erste Punkt ist im JUSO Dokument? Tiefe Gewinnsteuern. Ich freue mich also, dass die JUSO ab nächstem Monat mit uns für die Unternehmenssteuerreform 3 kämpft. Sofort dagegen ist, wenn man bei der Unternehmenssteuerreform 2 irgendetwas dagegen macht, wenn die JUSO selber sagt, dass die Unternehmenssteuerreform das wichtigste Element ist, dass international tätige Firmen im Land bleiben. Ich muss ehrlich sagen, dass die JUSO insofern clever war, da sie auf dem neuen Netz die erste Seite unten abgeschnitten hat. Da ich bereits vor ein paar Monaten das Dokument heruntergeladen habe, hatte ich dieses immer noch. Zweitens: alle von ihnen hatten Sommerferien. Viele waren wahrscheinlich im Ausland. Es gibt einen Staat in Europa dem es gut geht. Meine Frau kommt aus Italien und ich kann ihnen sagen, in Italien ist der Lebensstandard auf 1995 zurückgefallen. Und die Schweiz hat ein Median – Einkommen, das europaweit am höchsten ist. Wir haben parallel dazu in den letzten zehn Jahren in jedem Zehnerprozentteil von unserer Bevölkerung massiv Kaufkraftgewinne machen können. Und gemäss Bundesamt für Statistik, das führt heutzutage Herr Berset, ist in den letzten fünf Jahren von 2007 – 2012 der Gini-Koeffizient (Verhältnis zwischen Reichen und Armen) von 1:153 auf 1:135 runter gegangen. Als so schlecht wie Herr Roth uns darstellt, stimmt es einfach nicht und deshalb muss man die Zahlen anschauen. **Roth:** Sie nehmen einfach den Gini-Koeffizienten der OECD, welche aus statistischen Gründen die untersten und obersten 5% weg schneidet. Da kommen sie natürlich, wenn sich bloss 1% bereichert auf relativ saubere Zahlen. **Brupbacher:** Es waren in den letzten zehn Zeit die untersten 10% welche relativ gesehen mit einem Einkommenszusatz von 27% am meisten zugelegt haben. **Roth:** Das stimmt einfach nicht bei der Kaufkraft, wenn sie höhere Mieten, höhere Krankenkasse bezahlen müssen... **Brupbacher:** Wenn sich staatliche Gebühren erhöht haben dann bin völlig einverstanden mit ihnen Herr Roth. **Wild:** Mir ist es am liebsten, wenn sich die beiden Herren direkt duellieren (Gelächter) – so ist es ja gemeint – aber ich würde doch noch einmal gerne zu den Folgen der Initiative zurückkommen. Ihr habt eine Andeutung gemacht Herr Roth und jetzt nimmt mich wunder wie sie sich das vorstellen, also man kann diese Löhne durch die Initiative plafonieren und dann damit die Löhne herunter holen. Dann ist aber von dieser Lohnsumme die eine Firma

hat, etwas zu viel und was stellen sie sich jetzt vor, was nun mit diesem Geld passieren wird? Also normalerweise wäre es ja schön, wenn dieses bei den unteren Einkommen verteilt würde. Ich weiss, es ist da noch diese Mindestlohninitiative hängig, aber wie soll das funktionieren? Sind sie überzeugt, dass dies auch auf dieser Seite funktioniert? **Roth:** Ja, davon bin ich überzeugt. Und zwar deshalb, weil es keinen Grund gibt, weshalb diese Top – Manager plötzlich komplett anders funktionieren sollten. Wenn sie die Lohnsumme einfach nicht mehr ausbezahlen, dann bleibt der tiefste Lohn auf diesem Niveau bleibt. Aber dies bedeutet eben, dass sie auch nur das 12Fache haben dürfen. Wenn man aber eben den tiefsten Lohn anheben muss um eben auch selbst mehr zu verdienen – und ist eben ein ziemlich einfaches Anreizsystem – dann gibt es auch einen Grund den tiefsten Lohn anzuheben. Dies ist der Handorgeleffekt, dass wenn man beim obersten senken muss, auch dazu führt, dass beim anderen Kader gesenkt werden muss und denselben Effekt gibt es auch unten: wenn der unterste angehoben wird muss auch der zweitunterste angehoben werden etc. Also hier sind wir überzeugt. Und das andere ist auch ein Blick zurück. Lange hatten wir ein prozentual paralleles Wachstum. Und erst in letzter Zeit, als die oberen Löhne ausgeschärft sind, haben wir auch diese Stagnation, diese Kaufkraftverluste bei den 99 unteren Prozenten.

Brupbacher: Also Herr Roth – die Swisscom ist ein relativ unverdächtiger Betrieb. Nicht wie die Novartis oder die UBS. Und gemäss einer Studie und gemäss internen Papieren werden bei der Swisscom bei einer Annahme von 1:12 mehrere hundert Chefstellen einfach gegen unten gehandörgelt. **Roth:** Eine Handorgel hat immer zwei Seiten. **Brupbacher:** Richtig. Richtig. Also können sie auch tatsächlich vorne aufmachen. Und dann sind wir bei der Mindestlohninitiative, wo ich leider auch sagen muss: gehen sie einmal in eine Migros in Zürich am Hauptbahnhof. Dort haben sie ca 15 von diesen automatischen Kassen, an denen sie gerade selbst einscannen können. Denken sie die Migros tut dies, damit Herr Brupbacher schneller durch die Kassen gehen kann? Die Migros macht dies – und das hat auch die Swiss getan, an der Flughafenabfertigung – damit, wenn die tiefen Löhne zu stark steigen, diese Stellen einfach wegradiert werden. Und das können wir mögen oder nicht, aber wenn sie heute in die Maschinenindustrie gehe meine Damen und Herren und dies tun viele Unternehmen, dann haben sie dort Unternehmer, die seit vier oder fünf Jahren nur noch von der Substanz leben. Und diese Unternehmen können bei aller Produktivitätssteigerung, wenn man im internationalen Markt bestehen möchte, keine Erhöhung der Handorgelfolgen nach oben machen. **Roth:** Wenn sie oben runter kommt eben schon. **Brupbacher:** Herr Roth, wenn sie realistisch sind und sehen wie die Wirtschaft funktioniert, dann gibt es eine Handorgelbewegung von oben nach unten. Und das wollen wir von der FDP **Roth:** Das senkt die Lohnstückkosten eben auch. **Brupbacher:** Das senkt die Lohnstückkosten aber **Roth:** Dann können sie das Geld unten wieder benutzen, um hoch zu tun. Das ist relativ kostenneutral. **Brupbacher:** Nein das ist es eben leider nicht, weil es eben noch zu einem weiteren Effekt führt. Sie haben ja von den Effekten gesprochen und nun möchte ich Herr Roth folgende Frage stellen. Herr Roth sagt ja, dass wird vielleicht auch eine Frage von ihnen sein, es gäbe Auslagerungen. Und, dass Firmen wie die Novartis oder die UBS ins Ausland gehen könnten. Und jetzt sagt Herr Roth in seinem famosen Dokument hier **Roth:** Wohl kaum von mir. **Brupbacher:** Ja gut aber es ist ihre Website. Bei Irrtum Nummer drei – eben wegen der Auslagerungen –

(liest vor) alle Subunternehmen einer Managementgesellschaft etc unabhängig davon, ob sie Sitz in Singapur oder Schweiz etc haben, Scheinselbständige, Leihfirmenangestellte sowie –beschäftigte - dummerweise hört der Satz gleich auf – gehören deshalb genauso zu einem Unternehmen wie normale Arbeitnehmer. Das Verhältnis von 1:12 muss auf alle im Unternehmen tätigen Personen anwendbar sein. Ich möchte Herrn Roth nur ein Beispiel eines Unternehmens stellen. Damit wir uns richtig verstehen: ein Unternehmen, das hier 3000 Arbeitsplätze hat. Ein amerikanisches Unternehmen hat in Genf 3000 Stellen – ein Konzern von 120 000 Personen. Wenn diese Initiative angenommen wird, bedeutet dies, dass gemäss ihrem Text und gemäss ihrer Irrtümer, dass der CEO dieser Firma nicht mehr als 12mal so viel verdienen darf, wie der unterste Angestellte in der Schweiz. Genau das steht hier schwarz auf weiss Herr Roth. **Roth:** Nein also da sind wir und der Bundesrat uns einig, es bezieht sich auf die Löhne, die auch AHV-pflichtig sind. Wir können ja keine Gesetze machen für die ganze Welt. Wir machen Gesetze für die Schweiz. Und was sie jetzt hier aus irgendeinem Papier das vor vier Jahren irgendjemand aufgeschaltet hat **Brupbacher:** Das heute auf ihrer Website steht. **Roth:** Das steht sicher nicht auf unserer Website. Ich weiss nicht wo sie es gefunden haben. Wir können es auch gerne gemeinsam anschauen. Relevant ist was der Bundesrat sagt und da sind wir uns einig: es bezieht sich auf die Löhne, die AHV-pflichtig sind. Da haben wir glaube ich wenig Interpretationsspielraum. **Brupbacher:** Das ist eine 180%ige Drehwendung von einem Dokument, das Herr Roth bzw. ihre Organisation auf der Website gehabt haben bis vor drei Monaten. Ich möchte sie einfach darauf hinweisen, das wird angeschaut! **Roth:** Nein. Sehen sie sie können jetzt nicht mit Dingen kommen, die der Bundesrat in der Ausarbeitung ihrer Stellungnahme auch anders verstanden hat. Das ist schlicht nicht die Grundlage. Also wenn sie hier irgendetwas konstruieren mit irgendeinem Papier... Ich weiss ja nicht wie viele Papiere zur 1:12 Initiative geschrieben wurden, in denen etwas steht, wie das was sie gefunden haben, das so gar nicht in ein Gesetz geschrieben werden kann. Da können sie vielleicht noch ein paar Sachen finden. Aber relevant ist das was im Bundesbericht ist. **Brupbacher:** Also sind zumindest ihre Unterlagen nicht so. **Roth:** Für meine Unterlagen kann ich die Hand ins Feuer legen, für alle die in den letzten drei Jahren geschrieben wurden. **Wild:** Gut wir stimmen über den Initiativtext ab und nicht über die Unterlagen, welche Irrtümer belangen. Ich denke, es ist klar, dass wir Gesetze für die Schweiz machen und zwar unabhängig von diesen Irrtümern. Die gut verdienenden Top-Manager von denen wir wissen, das steht auch in den Unterlagen des Bundesrates, die eignen sich ja für die Funktionen, die sie wahrnehmen. Die Gegner der Initiative gehen davon aus, dass ein wichtiger Standortvorteil der Unternehmen darin besteht, dass sie fähig sind geeignete Führungskräfte zu rekrutieren. Und diese sind dann offenbar einfach so teuer. Manchmal frage ich mich Herr Brupbacher, gibt es denn eigentlich keine geeigneten Führungskräfte, die bereit wären unter einem Jahreslohn von ca.0.5Mio zu arbeiten? **Brupbacher:** Natürlich gibt es das. Es kommt immer auf die Anforderungen an. Also sie schieben mich hier in die Position von demjenigen, der die hohen Löhne verteidigen muss. Wenigstens sind es 500 000 das geht ja noch. Stellen sie sich einmal einer dieser international tätigen Führungskräfte vor. Und da kann ich ihnen sagen – ohne diese verteidigen zu wollen – aber diese bezahlen einen Preis. Sie müssen mindestens vier bis fünf Sprachen sprechen, wenn sie international tätig sind. Da

sprechen sie als Schweizer wahrscheinlich bereits drei davon – das weiss ich. Sie müssen bereit sein, X-Mal im Ausland gelebt zu haben, aber nicht an einem so schönen Ort wie Olten, wo man in die Aare springen kann. Sondern manchmal wirklich im fucking nowhere wo sie schlicht nichts haben. Dann muss die gesamte Familie mitkommen und sie müssen die Verantwortung tragen für mehrere 10 000 Menschen. Zusätzlich zu den Unterschieden, zu dem Was in der Schweiz Gang und Gäbe ist, können sie von heute auf morgen den Job verlieren. Fakt ist, dass niemand von uns hier drinnen den Druck dieser Personen mitgemacht hat, der nicht zuletzt – und da haben wir zwei drei ganz unangenehme Beispiele in den letzten Tagen gehabt, wo der Druck enorm hoch sein kann und die Leute zu ganz komischen und ganz traurigen Entscheiden bringen kann. Ich möchte ihnen einfach sagen: diese Leute, die CEOs, die sind nicht sympathisch. Aber sie bezahlen einen enorm hohen Preis und es ist ein globaler Markt und wenn wir diese Firmen in der Schweiz wollen, das ist uns mit dieser 1:12 Initiative gegeben. Sollte die 1:12 Initiative angenommen werden und nur z.B. 500 000 bezahlt werden, glauben sie nicht, dass dann die Firmen, welche bisher 3, 2 oder 1Mio bezahlt haben, noch dieselben Leute haben, denn diese gehen dann zu irgendwelchen anderen Firmen. Herr Meier der SBB in der Oltener Eisenbahnstadt, der CEO der SBB der Herr Meier, mit ihm musste man 2 Monate lang verhandeln, bis man ihn gewonnen hatte. Und das ist bei Gott eigentlich ein SP Unternehmen die SBB. Aber Herr Meier wäre ohne dieses Geld nicht gekommen. **Roth:** Schauen Sie – die Tode der letzten Tage, diese sind tragisch. Aber was sie vergessen, den Druck, der diese Leute haben, den haben ganz viele andere Menschen auch ohne, dass sie ein Millionensalär bekommen. Das sind zum Beispiel diese 600 000 Personen die unter der Armutsgrenze leben, das sind Alleinerziehende, die vielleicht noch eine 50% Stelle haben und zwischen 500.- und 2000 Franken verdienen. Die haben genauso einen Druck. Und bei diesen hat niemand das Gefühl, dass diese ganz arme sind und wenn diese in ihren Existenznöten Suizidgedanken haben, dann kommt bestimmt keine Zeitung um darüber zu schreiben. Sondern das sind Leute, die vergessen von der Gesellschaft genau die gleichen Nöte leiden. Und hier finde ich, kann man nicht mit so etwas begründen. Wenn man Leute offenbar derart unter Druck setzt, dass sie so starke psychische Probleme bekommen, ich denke dann kann man dies auch nicht mit einem Millionensalär aufwiegen. Ich denke, da läuft in der Wirtschaft sonst etwas falsch, als dass man diesen Personen einfach noch 10Mio obendrauf legt und dann kommt es dann schon gut. Und eben dies konnte man in den letzten Tagen auch sehen: dass diese Personen mit dem ganzen Geld nicht glücklich werden. Im Gegenteil: Geld macht diejenigen glücklich, die es eben nicht haben und nicht die, welche einfach eine zusätzliche Million erhalten. (Applaus) **Brupbacher:** Wo finden sie denn diese anderen Manager? Ist das der Eingang für sie als Top-Manager? **Roth:** Ich habe auch eine 60Std Woche. Ich kann aber auch keine fünf Sprachen. In den 80er Jahren hatten wir ein Lohnverhältnis in den grössten Betrieben von 1:6. In den 90er Jahren war man immer noch innerhalb der 1:12. Und diese Unternehmen sind damals nicht einfach schlecht geführt worden. Gerade zum Beispiel eine SBB. Die wurden eben in dieser Zeit gross. Sie können doch nicht erzählen, dass man Millionensaläre bezahlen muss um gute Leute zu haben. Es gab auch früher gute Leute. Das finde ich eben schon vermessen. Was traurig ist, dass sich hier einfach ein Kasten Personen bereichert. Das ist ja auch selbsterklärend. Ich

kenne zum Beispiel das Beispiel der Spitaldirektorin Luzern. Sie wurde jetzt noch Verwaltungsrätin bei der Novartis. Sie ist Spitaldirektorin, geht in einen Verwaltungsrat und verdient 600 000. Dass sie kein Interesse daran hat, zu sagen, dass Joe Jimenes's 8Mio ungerechtfertigt seien, ist ja klar. Sie selbst macht wahrscheinlich neben einem 140% Job noch im Verwaltungsrat der Novartis mit und verdient 600 000. Dann geht bestimmt nicht sie und sagt das wäre ungerechtfertigt. Das sind gewisse Machtkartelle, die sich oben etabliert haben. **Brupbacher:** Jetzt haben wir Strafrechtsbestimmungen, dass wenn sie einen Fehler macht im Gefängnis landet. **Roth:** Also wie viele Verwaltungsräte in der Kiste gelandet sind, würde ich gerne wissen. **Brupbacher:** Nein, das ist ein neues Gesetz. Sie haben die 80er und 90er Jahre erwähnt. Ich möchte sie einfach auf eine Zahl hinweisen: 2003 hatten wir in der Schweiz 375 000 Mitarbeiter aus ausländischen Firmen. Das ist eben beispielsweise 3000 davon in Genf. Das sind Firmen – insbesondere internationale Headquarters, die für Europa zuständig sind und zugegebenermaßen enorm hohe Saläre bezahlen. Diese Saläre haben aber etwas bewirkt meine Damen und Herren. Diese Saläre haben eben diese Steuereinnahmen gebracht, sie haben auch die Lohnnebenkosten für die Sozialwerke bewirkt. Eben diese Unternehmen werden sich nicht daran ausrichten, ob wir einen Binnenmarkt haben und wir nach unseren Schweizerregeln eben zum Beispiel Herr Roth lieber als Manager hätten. Sondern dort findet ein globaler Wettbewerb statt und es sind global tätige Manager, die entscheiden, ob ihre Firma in Zürich, Solothurn, Genf oder eben lieber in London, Honkong oder New York sind. Das ist die Realität auf dieser Welt und es mag uns nicht gefallen meine Damen und Herren. Aber es ist die Realität. Und wenn wir weiterhin unseren Wohlstand haben wollen – und den will ich – weil ich möchte Arbeitskräfte für namentlich die jungen Leute. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, dann müssen wir schauen, dass wir unser Lohnniveau halten können und dies bedeutet, dass wir gute Arbeitsbedingungen haben können, auch für Unternehmen, die international tätig sind und dann auf internationale Führungskräfte schauen können. Und dann müssen sich diese Unternehmen nicht nach 1:12 und der JUSO ausrichten, ob es uns passt oder nicht. Das ist einfach die unschöne Wahrheit. Diese können wir akzeptieren und zu unseren Gunsten ausnutzen in dem wir die Firmen haben, die Steuern bezahlen, oder wir verzichten. **Roth:** Sie haben einfach eine gewisse Geringschätzung gegenüber den ArbeitnehmerInnen. Diese Firmen sind nicht nur hier, weil hier hohe Löhne bezahlt werden. Die sind primär hier weil wir in der Schweiz gute Arbeitskräfte haben. Weil wir gut ausgebildete Leute und eine gute Infrastruktur und Streiksicherheit haben und **Brupbacher:** Und Steuern! **Roth:** Achtung – ja ich wollte ihnen die Pointe nehmen aber sie sind sehr zuverlässig. Die sind deshalb hier. Ich möchte ja die internationalen Unternehmen sehen, die sagen, dass sie den Unternehmenssitz verlegen und alle Arbeitskräfte auswechseln einfach weil wir die höheren Löhne haben wollen. Das sind vielleicht ein paar Rohstoffunternehmen, die sowieso praktisch keine Arbeitsplätze hier haben. Diese haben vielleicht diese Flexibilität. Ansonsten denke ich nicht, dass da eine Firma locki flocki einfach einmal weg geht. **Brupbacher:** Es geht nicht nur darum, dass man locki flocki weggeht, sondern es geht darum wo man investiert. Wo baut man eine neue Fabrik? Nestle hat alleine drei Kaffee-Fabriken für Nespresso in der Schweiz. Weshalb in der Schweiz? Sie könnten diese auch in Frankreich aufbauen. Ein Element sind gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte und wenig Streik

etc. Aber die Frage, wo man investiert, die hängt nicht nur von den Steuern und so weiter ab. Das sind die Fabriken. Aber ich habe bereits vorher Headquarters erwähnt. Und diese – da können sie sicher sein – diese sind gegangen! Und da können sie sagen, dass ihnen das nichts ausmacht. Aber dummerweise sind das diejenigen, die am meisten über ihre AHV-Beiträge in die AHV einzahlen. 1Mrd. 7700 Leute. Es geht nicht nur um Fabriken. **Wild:** Wir sind damit in einem zentralen Bereich dieser Initiative. Jetzt ist mir aber trotzdem noch eine ganz exotische Idee gekommen. Wir reden hier ja immer von Wirtschaftsmanagern mit diesen hohen Salären. Wie ist das eigentlich im Sport? In der Schweiz – habe ich mir einmal sagen lassen – Spitzenfussball, Spitzeneishockey, da werden auch Jahressaläre gezahlt die ca. bei 1Mio liegen. Und wenn wir dann überlegen, was ein Platzwart, was es in einem grösseren Verein gibt, verdient, dann sind wir dann auch einmal ein bisschen über 12. Wie ist das eigentlich? Wird das in diesem Bereich auch angewendet? Und was passiert denn da? **Roth:** Ja selbstverständlich wird das dort auch angewendet. Da kann ich auch sagen, im Schweizer Fußball will ich auch niemandem mehr als 12mal so viel bezahlen. Ich finde es aber auch rührend wenn ein Benjamin Huggel oder ein Shaquiri hingestellt werden muss, um UBS Löhne zu verteidigen. Er ist zwar breit aber nicht ganz hoch – aber breit und aber ich finde das ist jetzt nicht das richtige Argument um hohe Mangerlöhne zu verteidigen. Es ist selbstverständlich – im Fussball gilt genau dasselbe. Da muss ich Fussballfans enttäuschen, die sich da ansiedeln wollten. **Wild:** Dann gehen wir davon aus, dass der Schweizer Fussball noch schlechter wird. (Gelächter) Aber vielleicht noch einmal zurück zu ernsthafterem. Auswirkungen auf Sozialversicherungen. Es gibt ja diese Interpellation, von Jean Francois Rime, welche meines Wissens vom Bundesrat noch nicht beantwortet wurde. Und wenn wir davon ausgehen, dass dies 10 000 Betroffene sind, um die hier es hier geht, dann kann das doch relativ hohe Beträge ausmachen. Wie ernst nehmen sie dieses gegnerische Argument? **Roth:** Also wenn ich es richtig im Kopf habe, fragt die Interpellation von Jean Francois Rime einfach, was passiert, wenn alles über 500 000 weg ist? Erstens sind bei Anwendung dieses Faktors 12 auch noch viele die über diesen 500 000 sind, was heisst dass da schon einmal vieles nicht wegfällt. Das andere ist: Er geht davon aus, dass es eben null Umverteilungseffekt gibt. Und davon gehen wir nicht aus. Im Gegenteil: Für die Sozialversicherungen spielt dies keine Rolle. Für die Sozialversicherungen bezahlen wir alle auf jeden verdienten Franken genau gleichviel – egal ob ich 3Mio Franken als Einzelperson oder ob mehrere Personen diese drei Millionen gemeinsam verdienen. Sozialversicherungseinnahmen verändert dies nicht. Im Gegenteil bei der ALV haben wir ja auch noch diesen Cut bei 120 000 wo nur noch dieses Solidaritätsprozent kommt aber wo die Einkommen, die darüber liegen weniger bezahlen. Das heisst wenn wir mehr höhere tiefe Einkommen haben und gerade bei der ALV gibt dies mehr. **Brupbacher:** Ja Herr Roth, dumm gelaufen. Den Cut den sie eben erwähnt haben, der ist weggefallen. Also von dem **Roth:** Befristet! **Brupbacher:** Ja er ist befristet weggefallen aber solange bis die Schulden der ALV abgebaut sind. Das wird noch einige Jahre dauern. Also dieser Cut also, dass ab 300 000 kein Solidaritätsbeitrag mehr gebracht werden muss, das hat man eliminiert. Und das zweite ist, Herr Roth erzählt ihnen natürlich nicht die ganze Wahrheit. Bei den Lohnnebenkosten der AHV haben sie glaube ich CHF 33 000 die mehr oder weniger versicherungstechnisch die Rente ergeben. Da haben sie nichts anderes als eine Um-

verteilung. Alles was darüber als Lohnnebenkosten für die AHV bezahlt wird, ist direkt umverteilt und das haben sie danach nicht mehr bei den hohen Einkommen, wenn sie unten alles umverteilen. Weil sie weniger Umverteilung haben. **Roth:** Ja – also wenn sie Löhne über 33 000 Franken auszahlen. **Brupbacher:** Nein Entschuldigung – bei 33 000 Franken Beiträgen. Also 600 Franken Maximalbeitrag um die Maximalrente zu erhalten. Alles was sie darüber bezahlen, also jemand der 3Mio verdient, der bezahlt ca. 350 000 AHV Beiträge. Alles was über diesen 33 000 Franken ist, also 300 000 Franken. Das geht direkt in die Umverteilung, weil der Betroffene ja keine höhere AHV-Rente bekommt, da er die Maximalrente sowieso schon erreicht hat. Deshalb verzichten sie dann auf diese Beiträge. Denn das sind auf die 7700 Leute eine 1Mrd. Sozialversicherungsbeiträge. **Roth:** Man muss einfach immer skeptisch werden, wenn ein Freisinniger anfängt die Umverteilung zu loben. **Brupbacher:** Nein ich lobe nicht die Umverteilung aber ich lobe ein gewisses Mass an Solidarität und das haben wir bei der AHV eingeführt und dazu stehen wir. Wir stehen zur AHV und dass in der ersten Säule ein signifikanter Anteil umverteilt wird. Da stehen wir dazu. Die Freisinnigen sagen des Weiteren auch nicht, dass AHV-Renten gekürzt werden sollen. **Wild:** Gut also – ich habe den beiden Herren am Anfang verboten ein Eingangsreferat zu halten, weil ich die Fragen direkt stellen wollte, ohne dass sie das gesamte Pulver bereits in den ersten Minuten verschliessen. Dafür dürfen beide ein Schlusswort halten, damit sie noch sagen können, was sie nicht losgeworden sind. Aber bevor es soweit ist, möchte ich wirklich die Diskussion noch öffnen, denn es gibt ganz sicher noch Fragen im Publikum. **Hardy Jäggi:** Also keine Frage aber einfach eine Entgegnung: also ich hätte mal angefangen, Geld zu sammeln für die armen CEOs, so wie die unter Druck sind... Also ich glaube nicht, dass Fünf Sprachen spricht, aber es geht nicht darum, sondern um den Entscheid, ob man in die Schweiz kommt oder nicht. Ich glaube kaum, dass Procter&Gamble mit Hauptsitz in den USA entscheidet – wir gehen jetzt in die Schweiz weil da es da hohe Löhne gibt. Das glaube ich schlicht und einfach nicht. Es sind ganz andere Dinge die zählen und es wird kein einziges Unternehmen wegen dieser 1:12 Initiative aus der Schweiz gehen, einfach weil der Lohn des CEOs gekürzt wurde. Das glaube ich einfach nicht. **Brupbacher:** Also wie gesagt, ich habe mich basiert auf die Argumentation der 1:12 JUSO Dokumentation, die sagt, dass man alles unternehmen muss, damit Auslagerungen und Umgehungskonflikt verhindert werden können. Und es muss deshalb weltweit gelten. **Hardy Jäggi:** Wir wissen ja, dass es nicht so ist. **Brupbacher:** Ich basiere mich immer auf dem, was die Initianten schreiben. **Roth:** Wenn sie sich immer auf das **Roberto Zanetti:** Wir wissen ja dass das nicht seriös ist oder? Wenn irgend eine SVP Initiative lanciert wird, hört ihr auch nicht auf Mörgeli sondern dafür hat man ein Bundesbüchlein, wo ein Gesetzgebungsprozess stattfinden muss in den eidgenössischen Räten und sicher nicht die Homepage von irgendjemandem, der es vielleicht gut gemeint hat. Nein das wisst ihr doch **Roth:** Ich gebe ihnen sonst gerne ein Argumentarium. **Brupbacher:** Ich freue mich ja Herr Zanetti, dass sie sagen, die Homepage von irgendjemandem. Das war einfach die offizielle Homepage von der JUSO. Und was ich ihnen zeigen will, ist, dass diese Initiative, die von den Jungsozialisten gemacht wurde, gewisse Hacken hat und durchaus so interpretiert werden kann, dass es ganz negativ ausgeht. Wir haben ein paar andere Initiativen, die übrigens angenommen wurden und es einen erbitterten Streit um die Auslegung gegeben hat und wo davor Initian-

ten gesagt haben, nein es wäre alles nicht so hart, und es danach aber die bitteren Stücke gegeben hat. Deshalb ist es eine Frage der Ehrlichkeit Herr Zannetti, dass wenn man auf die offizielle Website geht und dort das offizielle Dokument unter dem Titel Irrtümer runterladet und ich ihnen das dann erzähle. Dann haben sie natürlich auch das Recht dies zu wissen, denn es ist die offizielle Initianten Website. **Roth:** Ich schicke ihnen gerne das Argumentarium aber nur kurz: wenn sie dann tatsächlich also sie sind im Parlament aber wenn dann bürgerliche die Parlamentsmehrheit tatsächlich die 1:12 Initiative so auslegen will, dann gibt es zwei Wege. Sie können sie entweder so auslegen, dass der Arbeiter in Singapur auch noch zählt – dann glaube ich jedoch ist das bürgerliche Parlament von allen guten Geistern verlassen. Aber wenn sie diese beiden Varianten haben, ist glaube ich klar, welche wir wählen. **Wild:** Gut also wir haben vorher schon darüber geredet aber es gibt eine weitere Meldung. **Christoph Heinrichs:** Ich möchte vorsichtig anmerken, oder den David Roth einmal fragen, weshalb keine Analyse des Wandels des ökonomischen Systems Kapitalismus oder hin zum Finanzkapitalismus etc. Das ist ja eigentlich der Rahmen in dem das stattfindet, was sie hier diskutieren. Also was ist los mit unserem Wirtschaftssystem, dass die Löhne derart auseinandergehen? Dass die Manager absahnen können etc. Und wie kann man das ändern? Das kann man wahrscheinlich nur international und weltweit in Anspruch nehmen. Aber diese Initiative ist vielleicht auch ein Anstoß dies einmal zu diskutieren. Das wäre auch ein Anstoß für unsere Bildungsarbeit, das zu verstehen zu versuchen. **Wild:** Danke für den Beitrag – der Urs Huber hat sich noch gemeldet. **Urs Huber:** Erst eine Feststellung: Die Initiative hat bereits etwas gebracht, wir stellen fest und können die nächsten zehn Jahr davon zehren, dass die FDP zu AHV steht und, dass dies eine unglaublich wichtige Institution ist und muss gestärkt werden. Wir sind hier im Kanton Solothurn, hier hatte eure Partei einmal 43% und das war ja noch die Zeit wo es die Leute normal gefunden haben, dass man vielleicht 4 bis 5mal höher verdient. Heute haben dieselben Personen, also auch die Freisinnigen, das Gefühl, die Wirtschaft sei ein Selbstbedienungsladen. Sie sagen immer ja aber... Wahrscheinlich müssen sie einmal überlegen, ob der Durchschnittsfreisinnige eben nicht mehr Durchschnitt ist, das weiss ich nicht, aber ob das immer noch mit tragen kann. Die Frage ist eigentlich die: Wenn ich sie richtig verstanden habe, müssen wir für die AHV immer noch mehr Leute haben, die immer noch mehr verdienen. Das ist so ihr Erfolgsrezept. Die Logik von ihnen, dass eine halbe Million schon lange nicht mehr reicht, wir sollten doch alle eine Million verdienen und dann sollte es ca. 30 000 von denen haben. **Brupbacher:** Also wenn wir so viele hätten, müssten wir nicht mehr diskutieren über die leidige Diskussion – die AHV-Revision. Dann hätte Herr Berset sehr viel Freude denn er könnte sein AHV-Revisions-Paket auf die lange Bank schieben, denn das bereitet ihm und seiner Partei ja sehr viele Probleme. Zumindest Herr Berset und die SP hätten viel weniger Probleme miteinander. **Roth:** Wir haben gerne ein bisschen Streit in der Partei. Das belebt. **Sebastian Walter:** Also diese Diskussion um die AHV hält für mich einfach nicht. Berset ist an einer hohen Lohnsumme interessiert. Und ihr habt zuvor gesagt wegen diesem Umverteilungseffekt. Also wenn einer eine Million verdient. Und dann wird dies begrenzt. Man sagt also, dass anstatt dass jetzt einer eine Million hat sollen 10 Personen 100 000 mehr haben. Dann haben sie auf diesen zehnmal Hunderttausend genau denselben AHV-Beitrag. Bei der direkten Steuer da spielt eine Progression mit. Beim AHV-

Beitrag nicht, da ist die Lohnsumme entscheidend. **Brupbacher:** Da ist der Unterschied, dass sie sagen, dass die alle bleiben und wir sagen, dass die nicht alle bleiben werden. **Zanetti:** Ja gut – sie machen hier eine Geisterplanpropaganda. Jedoch wenn ihr es mathematisch betrachten wollt, dann ist es falsch. Sie können auch sagen, es gäbe weniger Kinder oder was auch immer. Aber mathematisch bleibt die Lohnsumme gleich wenn man das was man oben wegnimmt unten wieder hin tut. Und der AHV-Beitrag damit auch. Dann müsstet ihr mit der Angst-Kapalie wieder kommen, aber die glaube ich euch einfach nicht mehr. Schon bei der Abzocker Initiative haben wir gewusst, dass vielleicht alles zusammenfällt. Bis jetzt ist nichts passiert. **Wild:** Ich möchte langsam zum Schluss kommen aber habe dort hinten noch eine Hand gesehen. **Sebastian Walter:** Ich wollte einfach zur Informationsvermehrung. Was Dokumente betrifft und so. Ihr könnt das ja gerne der JUSO anlasten und wir können dann einer anderen Partei auf ihrer Website eine falsche Information anlasten und dann sagt man, der Bund ist erhaben, der wird es schon richtig machen. Ich möchte einfach an die Unternehmenssteuer 2002 erinnern. Da ist auch etwas anderes eingetroffen als man irgendwo lesen konnte. Irgend auf einem Blatt wurde es einmal geschrieben aber auf jeden Fall ist eine Summe rausgekommen, die nicht ganz stimmte. Man kann also am Ende niemandem glauben wenn man so will. Der Bund lügt auch oder. Euer Bundesrat hat da auch gelogen kann man sagen... Aber ich möchte noch auf etwas anderes eingehen. Und zwar diese AHV-Diskussion. Man muss dies zur Interpellation stellen. Ihr redet von einer Mrd. Das ist ein hoher Betrag. Diese Summe steht einfach da. Das Gesamtvolumen sind nicht zwei Mrd. sondern vierzig Mrd. Also selbst wenn es unter struben Voraussetzungen mit diesem Modell zu einem Verlust kommen, dann ist es noch immer kein so gravierender Betrag. **Brupbacher:** Also sie haben recht. Das Gesamtvolumen, das in die AHV fließt ist signifikant höher. Wenn sie aber eine Mrd. decken müssen, ca. 1/3 Mehrwertprozent, was eine Mrd. ausmacht. Also wenn sie 1/3 mehr Mehrwertsteuer bezahlen wollen und das schulterzuckend annehmen, dann bitte. **Roth:** Sonst machen wir es dann über die Bundessteuern, die bezahlen dann die Reichen. **Wild:** Letzte Wortmeldung noch. **Edwin Loncar:** Ja Herr Brupbacher: sie sind sehr schnell sehr philosophisch und allgemein geworden, ich möchte ihnen eine ganz grundsätzliche Frage stellen. Ihr habt gesagt, dass es eventuell Wohlstandseinbussen geben könnte. Gehen wir von diesem Fall aus – es gäbe Wohlstandseinbussen. Und jetzt meine Frage an euch: was wäre ihnen Lohngerechtigkeit an sich wert? Wie viel würden sie bezahlen? **Brupbacher:** Inwiefern bezahlen? **Edwin Loncar:** Wohlstandseinbussen. Wie viel würdet ihr in Kauf nehmen, damit wir Lohngerechtigkeit haben. **Brupbacher:** Sie haben gesagt ich sei philosophisch geworden. Ein Problem, das ich wirklich habe ist, dass Gerechtigkeit von keinem von uns definiert werden kann. Herr Roth hat eine andere Vorstellung davon, was Lohngerecht ist als sie und deshalb ist ihre Frage die sie mir gestellt haben nicht beantwortbar. Ich kann mich jetzt beliebt machen und sagen, für mich persönlich ist es eine Lohneinbusse von CHF 3000.- wert. Aber das wäre schlicht gelogen, weil ich ihnen ganz klar sauber und intellektuell sagen möchte, dass sie hier drinnen Lohngerechtigkeit nicht definieren können, wenn sie es danach in der Praxis draussen umsetzen gehen. Und deshalb ist dieser Punkt was gerecht ist schlicht nur eine Frage, was einem emotional gerade passt oder nicht. Und deshalb bin ich nicht bereit ihnen auf diese Frage irgendeine Zahl zu nennen, weil sie intellek-

tuell meiner Meinung nach unredlich wäre. **Edwin Loncar:** Ich habe keine Zahl verlangt. Ich hätte auch eine Überlegung akzeptiert. **Brupbacher:** Was es mir wert ist für den gesellschaftlichen Frieden? Sehr viel! Denn was klar ist, dass man in den 80er und 90er Jahren gesagt hat, man sei bescheiden. Und da haben sie Recht, man ist mit weniger Lohn ausgekommen. Die grossen Manager von der Pharma sind mit dem Fahrrad zur Arbeit gefahren. Das ist etwas, das total Swissness gewesen ist. Das war einer unserer Grundwerte. Und mich macht es als Freisinnigen wütend – und wir als Freisinnige als Partei leiden ebenfalls darunter, dass Manager denken diese Swissness, diese Bescheidenheit sei nichts mehr wert. Und deshalb engagiert sich unsere Partei in allen Diskussionen mit Firmen, diesen Leuten zu sagen, dass Swissness in diesem Land Bescheidenheit bedeutet. Swissness bedeutet, dass man die Leute hier nicht vor den Kopf stösst, denn das geht nicht, da dies in einer direkten Demokratie dazu führt, die Unterstützung zu verlieren. Diese Art der Verantwortung übernehmen wir. **Wild:** Also kommen wir zum Schlusswort: erst Herr Roth, dann Herr Brupbacher. **Roth:** Ich möchte eigentlich mit zwei Zitaten schliessen von unseren Gegnern. Das eine ist von Schneider-Ammann und das geht direkt auf die Antwort von Herrn Brupbacher über: Er würde jedem einzelnen Manager mit so einem Millionensalär wie daneben das wäre und er gäbe sich alle Mühe, dass sie das auch einmal verstehen. Ich glaube hier ist entweder ein sprachliches Problem oder es ist rein ein Problem des Selbstverständnisses. Hier haben wir die Antwort und die Antwort ist eben eine Regelung. Weshalb man eine Regelung machen muss, hat aus meiner Sicht der Arbeitgeberverbandspräsident Herr Vogt gut begründet. Er sagte in seiner Jahresrede, dass aus Freiheit Verantwortung folgt und dass aus Missbrauch der Freiheit Gesetze folgen. Und ich denke, dass auch die 1:12 Initiative in dieser Logik steht. (Applaus) **Brupbacher:** Geschätzte Damen und Herren mir müssen sie ja nicht alles glauben, aber glauben können sie ihren eigenen Leuten, wie Herr Bodenmann der findet es sei ein löchriger Käse oder den Regierungsräten dem Herr Rickenbacher, dem Herr Brutschin oder Herr Hofmann, die alle dagegen sind. Herr Weibel – der frühere SBB Chef ist auch dagegen. Das sind alles Leute die wie ich mit Exzessen nicht einverstanden sind, aber sagen, dass ein Entscheid aus Wut nicht dazu führen darf, dass wir uns selbst ins Knie schiessen. Und genau das würden wir tun. Denn wer tiefere Löhne ist, für weniger Einnahmen in die Sozialwerke, der stimmt für diese Initiative und wer umgekehrt für hohe Löhne ist und gesunde Sozialwerke, der stimmt im November nein zu dieser Initiative und kämpft zusammen mit uns weiter gegen Exzesse. (Applaus)

Bedanken durch Franziska Roth mit Überreichen von Rotwein (Applaus)

Franziska Roth: Wir haben gedacht, dass wir heute mit der Tradition brechen und wollen euch hier bitten noch einmal die Stimmkarte hervorzuholen. Wir möchten nun eine Abstimmung machen, ob wir dieser 1:12 Initiative zustimmen oder nicht. Die Geschäftsleitung empfiehlt ihnen die Ja Parole einzulegen. Gibt es noch Wortbegehren? (keine Meldungen) Dann möchte ich euch bitten, wer im November die Ja Parole ergreifen wird, dies nun mit der Stimmkarte zu zeigen.

Abstimmung: grossmehrheitliche Zustimmung, 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

8. **Varia**

- **Sektionstreffen am 26. September** (Treffen der Sektionspräsidien oder Delegationen in Balsthal, um Basisarbeit unter die Lupe zu nehmen - Einladungen bereits erhalten)
- **16. November Retraite mit den Sektionen** (Ort und Zeit von Nik noch bekannt gegeben)
- Vor dem Ausgang bitte **Informationen zur WRB Bildungswerkstatt mitnehmen** (sowohl in Papierform oder dann auf der Homepage unter www.wrb.ch) – **Anlass 20. November Kunstmuseum Grenchen!**

Keine weiteren Wortmeldungen.

Franziska Roth wünscht allen eine gute Heimreise und dankt für die rege Teilnahme.

Der Parteitag ist geschlossen, 21.45 Uhr (Applaus)

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 18. September 2013